

# DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP  
und Eberhard Welty OP

---

Nr. 5/2007      Oktober      61. Jahrgang

---

## Editorial

*Wolfgang Ockenfels,*  
Eine „christliche“ Demokratie 322

*Christoph Böhr,* Denken ohne Gott?  
Zur Antwort von Habermas auf den Papst 324

*Christoph Goldt,* Der Heilige Stuhl in der  
internationalen Politik 338

*Gerhard Beestermöller,* Militärische Gewalt  
im Spannungsfeld 347

*Christian Göbel,* Ethik in der Bundeswehr 358

## Bericht und Gespräch

*Harald Bergsdorf,* Die Strategie der neuen  
NPD. Wahlerfolge der Antidemokraten 374

*Hans-Peter Raddatz,*  
Allah und die Frauen (II.) 380

**Besprechungen** 396

Herausgeber:  
Institut für  
Gesellschaftswissenschaften  
Walberberg e.V.

Redaktion:  
Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)  
Heinrich Basilius Streithofen OP †  
Bernd Kettern

Redaktionsbeirat:  
Stefan Heid  
Martin Lohmann  
Edgar Nawroth OP  
Herbert B. Schmidt  
Manfred Spieker  
Rüdiger von Voss

Redaktionsassistentin:  
Andrea und Hildegard Schramm

Druck und Vertrieb:  
Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831  
53708 Siegburg  
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle  
2 Monate

Bezug direkt vom Institut  
oder durch alle Buchhandlungen  
Jahresabonnement: 25,- €

Einzelheft 5,- €  
zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindungen:  
Sparkasse KölnBonn  
Konto-Nr.: 11704533  
(BLZ 370 501 98)  
Postbank Köln  
Konto-Nr.: 13104 505  
(BLZ 370 100 50)

Anschrift der  
Redaktion und des Instituts:  
Simrockstr. 19  
D-53113 Bonn

Tel.: 0228/21 68 52  
Fax: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und  
Bücher werden nicht zurückgesandt.  
Verlag und Redaktion übernehmen keine  
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-  
chanische Vervielfältigung nur mit  
Genehmigung der Redaktion  
<http://www.die-neue-ordnung.de>

## Der Heilige Stuhl in der internationalen Politik

### Anmerkungen zur Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag

Alljährlich wird in der katholischen Kirche der 1. Januar als Weltfriedenstag begangen. Traditionell veröffentlichen die Päpste einige Wochen zuvor eine entsprechende Botschaft, in der sie die jeweils gegenwärtige Situation der internationalen Gemeinschaft und ihrer Politik aufzeigen und gleichzeitig aus Sicht des Heiligen Stuhls<sup>1</sup> Möglichkeiten aufzeigen, wie Frieden und Sicherheit geschaffen und möglichst dauerhaft erhalten werden können.

Die Politik des Vatikans ist in der politikwissenschaftlichen Diskussion bisher nicht gebührend berücksichtigt worden.<sup>2</sup> Vielleicht mag es daran liegen, daß die Stellungnahmen des Vatikans im Verdacht liegen, eine rein konfessionell gebundene Meinung zu vertreten und daher *per se* für Andersgläubige oder Nichtgläubige inakzeptabel sind. Vielleicht mag es aber auch daran liegen, daß ein falsches Verständnis von der Trennung von Kirche und Staat bzw. Religion und Staat vorherrscht. Eine absolute Trennung zwischen diesen beiden Kategorien des menschlichen Zusammenlebens kann es gar nicht geben, da das Verhalten jedes Menschen – und damit auch ihr Verhalten im Bereich der Politik – von bestimmten ethischen Grundüberzeugungen geleitet wird, die entweder religiös oder zumindest weltanschaulich determiniert sind. Insofern sollte auch die Politikwissenschaft die Vorschläge des Heiligen Stuhls, der ja als souveräner Staat Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft ist, vorbehaltlos analysieren und Stärken oder auch mögliche Schwachstellen aufzeigen.<sup>3</sup>

Papst *Benedikt XVI.* stellte sein Wort zum Weltfriedenstag 2007 unter das Thema „Der Mensch – Herz des Friedens“. Das sich zunächst sehr kirchlich-pastoral anhörende Thema hat aber letztlich einen sehr politischen Inhalt. „Ich bin nämlich überzeugt, daß durch die Achtung der Person der Friede gefördert wird, und daß mit der Herstellung des Friedens die Voraussetzungen geschaffen werden für einen authentischen, ganzheitlichen Humanismus ... Die Anerkennung und die Achtung des natürlichen Rechts bilden daher auch heute die Basis für den Dialog zwischen den Gläubigen der verschiedenen Religionen und zwischen Gläubigen und Glaubenslosen. Das ist ein großer Konvergenzpunkt und somit eine fundamentale Voraussetzungen für einen authentischen Frieden“, so der Papst in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2007.<sup>4</sup>

Der deutsche Papst hat in seinen Stellungnahmen seit seiner Wahl eines deutlich erkennen lassen: Es geht ihm nicht um eine Verzettelung in Details, sondern er beabsichtigt offensichtlich im Gewirr der Stimmen Grundlegendes ins Gedächtnis zu rufen, um von der dann geschaffenen Basis aus die anstehenden Fragen und Problemkreise anzugehen. Oder, um es – zwar simplifizierend, aber durchaus korrekt – anders auszudrücken: Es geht ihm um die Beantwortung dreier

Fragen, nämlich wo steht die Weltgemeinschaft, in welche Richtung will sie sich entwickeln und wie kann der Weg zu diesem Ziel gewaltfrei und sozial gerecht erreicht werden.

### Ein Blick zurück

Die heutige Politik des Heiligen Stuhls steht in Kontinuität der Politik Papst *Benedikt XV.* (1914 bis 1922)<sup>5</sup>, jenes Papstes, der versuchte, den Ersten Weltkrieg durch eine Friedensinitiative zu beenden – und daher trotz des Scheiterns seiner Initiative als Friedenspapst in die Kirchengeschichte eingegangen ist. Auch *Pius XII.* (1939 bis 1958), dem immer wieder sein Schweigen zum Holocaust vorgeworfen wird, hat auf seine Weise versucht, dem Morden des Zweiten Weltkrieges Einhalt zu gebieten und dem Frieden eine Chance zu geben – nämlich durch die strikte Wahrung der Neutralität.<sup>6</sup> Ob dies aus der Retrospektive und unter Würdigung aller bisher bekannten Quellen die einzig richtige Verhaltensweise war, mag noch lange in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten sein, ist hier auch nicht Gegenstand der Betrachtung.

Der Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich und der beginnenden Kalte Krieg haben auch den Vatikan vor neue politische Herausforderungen gestellt, die der Natur des Vatikan entsprechend – einerseits ein souveräner Staat, andererseits Zentrale einer Weltreligion zu sein – immer auch pastorale Aspekte mit berücksichtigen mußte. Wie so oft gab es ein Handeln „hinter den Kulissen“ und Aktivitäten vor der Weltöffentlichkeit. Zu den letzteren gehörten mehrere bedeutende Weltrundschreiben (Enzykliken), die sich mit den Fragen des Friedens, der (sozialen) Gerechtigkeit und der Entwicklungspolitik befaßten. Nicht umsonst sagte Papst *Paul VI.* 1967 vor der UNO: „Der neue Name für Frieden ist Gerechtigkeit.“ Dieser Satz erinnert auch an den Wahlspruch *Pius XII.*, der „Opus Iustitiae Pax“ lautete.

Eines jener Weltrundschreiben, nämlich „Pacem in terris“, das Papst *Johannes XXIII.* 1963 im Kontext der Kuba-Krise veröffentlichte, ist nicht nur damals von einer brennenden Aktualität gewesen. Gerade im Kontext der Globalisierung sollte sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Diskussion einen Blick auf dieses entscheidende Dokument der internationalen Politik des Heiligen Stuhles werfen, jenseits religiöser oder konfessioneller Scheuklappen. Die entscheidende Passage in diesem vatikanischen Dokument lautet: „Da aber heute das allgemeine Wohl der Völker Fragen aufwirft, die alle Nationen der Welt betreffen, und da diese Fragen nur durch eine politische Gewalt geklärt werden können, deren Macht und Organisation und deren Mittel einen dementsprechenden Umfang haben müssen, deren Wirksamkeit sich somit über den ganzen Erdkreis erstrecken muß, so folgt um der sittlichen Ordnung willen zwingend, daß eine universale politische Gewalt eingesetzt werden muß.“<sup>7</sup>

Zwei Elemente sind aus diesem Textausschnitt deutlich zu entnehmen: 1. Der Begriff „allgemeines Wohl“, in der politischen Philosophie das allseits bekannte „bonum commune“, 2. die Formulierung „universale politische Gewalt“. Daraus geht hervor, daß die Politik des Vatikans jenseits möglicher religiöser Befangen-

heiten angelegt ist. Es geht ihm nicht darum eine „katholische“ (Welt-)Politik zu betreiben oder gar die katholische Theologie als Maßstab für eine von allen Staaten zu praktizierende Politik zu benutzen<sup>8</sup>, sondern eine globale Politik mitzugestalten, die dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Und der Heilige Stuhl ist sich bewußt, daß er durch die Institution Kirche der unbestritten größte *Global Player* ist, sowohl bezüglich der Infrastruktur als auch bezüglich der Mitarbeiter bzw. Mitglieder. Ihm ist somit vor dem Hintergrund der Missionsgeschichte der Kirche bekannt, daß die Staaten unterschiedlichen Kulturkreisen angehören und damit auch die politischen und anthropologischen Vorstellungen der jeweiligen Bevölkerung durchaus divergent sind.

Allerdings geht der Vatikan davon aus, daß es eine alle Menschen und Kulturen verbindende Basis gibt, nämlich jene des Naturrechts. Diese Basis soll nicht mißverstanden werden als „der kleinste gemeinsame Nenner“ im Sinne des Projektes „Weltethos“ von *Hans Küng*. Sondern bei diesem natürlichen Recht geht es um Rechte jedes Menschen, die ihm ausschließlich aufgrund seines Menschseins zustehen – unabhängig von Religion, Ethnie, sozialer Stellung oder anderen Unterscheidungsmerkmalen. Diese Rechte haben auch nicht ihre Wurzeln in einer Religion oder sind von einer Religion abgeleitet – sie waren (wenn man es chronologisch sehen mag) *vor* jeder Religion dem Menschen inhärent, gehören zu seinem Wesen als Mensch.

In praktische Politik umgesetzt wurde diese Vorstellung letztlich durch die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahre 1948. Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß der Heilige Stuhl insbesondere die Vereinten Nationen als jenes Forum ansieht, das für die weitere friedliche Entwicklung der Staatengemeinschaft von fundamentaler Bedeutung ist. Mit anderen Worten: Der Vatikan sieht die Vereinten Nationen als das einzige politische Instrumentarium an, von dem aus das *bonum commune* der Weltgemeinschaft angestrebt werden kann.

Der ehemalige Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* hob kurz nach dem Pontifikatsbeginn von *Benedikt XVI.* in seiner Ansprache vor der 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Zukunft hervor. Er sagte damals unter anderem: „Gewiß, die UNO ist keine Super-Regierung. Sie ist vielmehr das Resultat des politischen Willens der einzelnen Mitgliedstaaten. Doch die Menschen, Milliarden von Personen, die sogenannten ‚We the people‘ der UN-Charta, wenden sich an die Verantwortlichen der Nationen und rufen ihnen zu: Gebt uns eine moderne Institution, die fähig ist, Entscheidungen zu treffen und für deren Einhaltung zu sorgen. Diesen Appell richten Menschen an uns, die entmutigt sind durch Versprechen, die nicht eingehalten, und Resolutionen, die nicht respektiert werden. ... Zu diesem Zweck unterstützt der Heilige Stuhl die Gründung einer Institution zur Wiederherstellung des Friedens in jenen Ländern, die unter bewaffneten Auseinandersetzungen leiden. Der Heilige Stuhl befürwortet somit die ‚Peacebuilding Commission‘, die eine ehrgeizige Strategie entwerfen und verwirklichen könnte, um jene Faktoren ethnischer Rivalität zu überwinden, die Ursache von Konflikten sind und sie in Zukunft von neuem auslösen können. ... Wichtig ist jetzt unser Einsatz für den

Aufbau einer Kultur der Konfliktvorbeugung. Notwendig ist es aber auch, das Problem der gewaltsamen Entwaffnung des Aggressors eingehend zu vertiefen. In seinem wesentlichen Kern verweist es auf den Vorrang der Würde jedes einzelnen Menschen gegenüber dem Staat und jedem ideologischen System. ... der Heilige Stuhl hat vor allem einen geistlichen Auftrag, dem aber die Pflicht entspringt, im Leben der Nationen präsent zu sein und der ihn dazu veranlaßt, sich für Gerechtigkeit und Solidarität unter den Menschen einzusetzen. Mit dieser Überzeugung bekräftigt der Heilige Stuhl erneut der Unterstützung der Ziele dieses Gipfeltreffens ...“<sup>9</sup>

Insofern ist durchaus zu sagen, daß dem Heiligen Stuhl eine „Weltinnenpolitik“ vorzuschweben scheint, nicht jedoch in dem Sinne, daß die Vereinten Nationen die Regierung eines Weltstaates würden, sondern eine solche „Weltinnenpolitik“ muß nach dem Prinzip der Subsidiarität strukturiert sein. Dabei stellt sich jedoch die Frage nach der Reform des Sicherheitsrates: Sollte hier, wie im folgenden Absatz kurz ausgeführt, gar das Prinzip der Supranationalität eine Perspektive bieten? Ein Weltstaat wäre wohl die schlechteste Lösung im Hinblick auf das Allgemeinwohl und die Menschenrechte; wohin sollte jemand emigrieren können, der von einem Weltstaat z. B. bei der Ausübung seines Menschenrechtes der Religionsfreiheit oder Meinungs- und Gewissensfreiheit gehindert wird, weil die Wertebasis eines solchen Weltstaates – nämlich das einzig gültige Weltethos – nicht mit der individuellen Auffassung in Einklang zu bekommen ist?

Insofern ist auch das Projekt „Weltethos“ von *Küng* mehr als skeptisch zu betrachten, wenn es für die Weltgemeinschaft – neben der UN-Charta und Erklärung der Menschenrechte – nur eine ethische Basis letztlich als *norma normans* geben sollte. Dieses Weltethos ist ja offensichtlich etwas anderes und weitergehendes als die bisherigen Grundlagen der internationalen Gemeinschaft, nämlich die UN-Charta und die Erklärung der Menschenrechte. Welchen Sinn sollte ein solches Projekt sonst haben? Natürlich hat *Küng* insoweit Recht, wenn er die Rolle der Religionen bzw. der religiösen Überzeugungen für die internationale Politik und den Frieden hervorhebt, allerdings sind seine Vorstellungen derzeit nicht mit der Politik des Heiligen Stuhles in Übereinstimmung zu bringen.

Und hier kommt das zweite wesentliche Element des zitierten Ausschnitts aus „Pacem in terris“ zum Vorschein. Diese Organisation darf nicht der Gefahr ausgesetzt sein, ein „Papiertiger“ zu sein, sondern muß durchaus reale politische Macht besitzen, um bei entsprechenden bewaffneten bzw. militärischen Auseinandersetzungen oder Naturkatastrophen eingreifen zu können. Das Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ oder der absoluten Souveränität eines Staates muß daher Beschränkungen unterliegen, nämlich dann, wenn das Allgemeinwohl gefährdet ist, wenn das Leben von Menschen in akuter Gefahr ist.

Es ist durchaus denkbar, daß *Johannes XXIII.* bei der Abfassung seiner Enzyklika jenes neue politische Gebilde der Europäischen Gemeinschaften vor Augen hatte, das mit dem Prinzip der Supranationalität ein absolutes Novum darstellte. Supranationalität in Sicherheitsfragen bei den Vereinten Nationen – eine Perspektive, 1963 von einem Papst auf die weltpolitische Tagesordnung gestellt.

Aktueller geht es im Kontext der Globalisierung und der Diskussion um eine Reform der UNO nicht. Beim Blick zurück sei aber auch nicht das Engagement der Kirche im Rahmen des KSZE-Prozesses vergessen, wodurch die so genannten humanitären Fragen mit in den Korb III der Schlußakte von Helsinki 1975 aufgenommen worden sind. Jenes Schlüsseldokument, das letztlich die Basis für den Wandel in Osteuropa in den Jahren 1989/90 werden sollte.

### Die Botschaft zum Weltfriedenstag 2007

*Benedikt XVI.* ist unbestritten einer der bedeutendsten Theologen der Neuzeit und ein ebenso hervorragender Meister der sprachlichen Formulierung. Insofern ist davon auszugehen, daß dieser Mann weiß, was er sagt – und in welchem Kontext er dies macht. Seine „Regensburger Vorlesung“, die soviel Aufregung in der islamischen Welt hervorrief und mehrere Wochen die Medien und das internationale politische System in Atem hielt, hat viel bewegt.<sup>10</sup> Jenseits der inzwischen völlig retardierten Idee einer Multi-Kulti-Gesellschaft stellt *Benedikt XVI.* das jeweilige religiöse oder auch kulturelle Profil in den Mittelpunkt seiner Überlegungen, aber so, daß dieses Profil niemanden vereinnahmen möchte. Dieses Profil kann gebildet werden auf der Basis des natürlichen Rechtes, das er ja als Konvergenzpunkt im Dialog der Religionen bezeichnet hat.<sup>11</sup>

Der Papst fordert in seiner aktuellen Friedensbotschaft die Achtung des Lebens und die Religionsfreiheit ein. Er formuliert aber auch: „Neben den Opfern der bewaffneten Konflikte, des Terrorismus und der verschiedenen Formen von Gewalt gibt es das lautlose Sterben durch Hunger, Abtreibung, Experimente an Embryonen und durch Euthanasie. Muß man nicht in alldem einen Angriff auf den Frieden sehen?“<sup>12</sup> Die Verfolgung der Christen in einigen Staaten bereitet dem Oberhaupt der katholischen Kirche ebenfalls erhebliche Sorgen: „Es gibt Regime, die allen einen Einheitsreligion aufzwingen, während religiös indifferente Regierungen nicht eine gewaltsame Verfolgung schüren, wohl aber eine systematische kulturelle Verhöhnung religiöser Überzeugungen begünstigen. In jedem Fall wird ein menschliches Grundrecht mißachtet, was schwere Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben nach sich zieht. Das fördert unweigerlich eine Mentalität und eine Kultur, die dem Frieden abträglich sind.“<sup>13</sup>

*Benedikt XVI.* ruft zudem die „naturegegebene Gleichheit aller Menschen“ in Erinnerung. Vor diesem Hintergrund kritisiert er sowohl das derzeit bestehende massive ökonomische Ungleichgewicht zwischen den Industrienationen einerseits und den Entwicklungsländern andererseits als auch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in einigen nichtchristlichen Kulturen. Er schreibt dazu: „Die äußerst schwere Not, unter der viele Völker vor allem des afrikanischen Kontinents leiden, ist der Ursprung gewaltsamer Einforderungen der Ansprüche und stellt deshalb eine schreckliche Verletzung des Friedens dar. Auch die unzureichende Beachtung der Lage der Frau bringt in das soziale Gleichgewicht Faktoren der Unbeständigkeit hinein. Ich denke an die Ausbeutung von Frauen, die wie Objekte behandelt werden, und an die vielen Formen mangelnder Achtung von ihrer Würde; ich denke auch – in anderem Zusammenhang – an

die in einigen Kulturen fortdauernden anthropologischen Vorstellungen, die der Frau eine Stellung zuweisen, die sie in starkem Maße der Willkür des Mannes unterwirft, mit Konsequenzen, die die Würde ihrer Person verletzen und die Inanspruchnahme ihrer grundlegenden Freiheiten beschneiden. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, daß der Friede gesichert sei, solange nicht auch diese Formen der Diskriminierung überwunden sind, welche die jedem Menschen vom Schöpfer verliehene persönliche Würde verletzen.“<sup>14</sup>

*Benedikt XVI.* nutzte zudem den Neujahrsempfang der beim Heiligen Stuhl akkreditierten diplomatischen Vertreter am 8. Januar 2007 dazu, seine Überlegungen zu konkretisieren. Vor dem Hintergrund der technischen Möglichkeiten der modernen Welt nannte er das Problem des Hungers in der Welt einen Skandal. Er rief dazu auf, die Lebensweise (in den Industrienationen) zu ändern und forderte, die strukturellen Ursachen für das schlechte Funktionieren der Weltwirtschaft zu beseitigen.<sup>15</sup> Gleichzeitig wies er auf die Krisenherde in Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Asien dezidiert hin. Mit Blick auf den Nahen Osten und den jüngsten Auseinandersetzungen im Libanon sagte er, daß bewaffnete Reaktionen zu nichts führten. Immer wieder wird in seinen Ansprachen – aber auch in den Ansprachen seiner Vorgänger – deutlich, daß der Heilige Stuhl den Schlüssel zur Lösung internationaler Konflikte in einer Politik sieht, die das Gemeinwohl aller Völker in ihrem Kern hat.

„Auch im Bereich der Abrüstung“, so *Benedikt* in seiner Neujahrsansprache, „mehren sich die Anzeichen einer fortschreitenden Krise, die einerseits mit den Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über konventionelle Waffen sowie über die Massenvernichtungswaffen zusammenhängt und andererseits mit dem Anstieg der Militärausgaben auf internationaler Ebene. Die Fragen der Sicherheit – die durch den Terrorismus erschwert werden, der scharf zu verurteilen ist – müssen mit einem globalen und weitblickenden Ansatz behandelt werden.“<sup>16</sup> Er erinnerte auch an die Verpflichtung der entwickelten Länder, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes der Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Welche politischen Linien können aus den Äußerungen Papst *Benedikt XVI.* herausgearbeitet werden? Klar wird, daß die Politik des Heiligen Stuhles ausgerichtet ist am Wohlergehen aller Völker. Wo es Unrecht gibt, wird dieses auch explizit benannt. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Politik des Heiligen Stuhls nicht neutral sein.<sup>17</sup> *Benedikt* weiß, daß eine Peacebuilding-Politik vor allem zwei Elemente mit beinhalten muß: Ökonomische Gerechtigkeit unter den Nationen – was nicht eine totale Egalität beim Bruttosozialprodukt bedeutet – und der Dialog zwischen den Religionen, die ja die Kulturen entscheidend prägen.

*Benedikt* hat mit seiner Regensburger Vorlesung und seiner Frage nach dem Verhältnis von Glaube und Vernunft einen zentralen Punkt im Dialog der Religion angesprochen. Wie wichtig dieses war, zeigten die Reaktionen auf seine Ausführungen. *Christian Geyer* kommentierte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Die Hauptsache an diesem Eklat ist, daß nichts dem Papst in der Sache so recht gibt wie die Erregung, die jetzt wieder einsetzt, wenn jemand, und sei es der Papst, in der westlichen Welt auf unliebsame Weise von seinem Recht auf

freie Meinungsäußerung Gebrauch macht. Was zeigt mehr als diese völlig unverhältnismäßigen Reaktionen, daß hier das richtige Thema angeschnitten wurde? Die scharfmacherischen Töne, die jetzt aus der islamischen Welt erklingen, machen spätestens jetzt eines ganz klar: daß der Papst nicht als Anwalt irgendwelcher partikularer kirchlicher Sonderinteressen auftrat, sondern als Anwalt der säkularen westlichen Welt.<sup>18</sup>

Es ist hier nicht der Ort, um auf die Ereignisse im Nachspiel der päpstlichen Ansprache einzugehen, es geht vielmehr um das Anliegen *Benedikts*, auf seine Weise friedensstiftend zu wirken. Der von *Benedikt* neu ernannte Kardinalstaatssekretär *Tarcisio Bertone* veröffentlichte am 17. September 2006 eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Die Haltung des Papstes zum Islam ist eindeutig jene, die vom Konzilsdokument *Nostra aetate* zum Ausdruck gebracht wurde.<sup>19</sup> ... Die Option des Papstes für den interreligiösen und interkulturellen Dialog ist ebenso eindeutig.“<sup>20</sup> Die Verwendung des kritisierten Zitates des mittelalterlichen Kaisers *Manuel II.* habe er lediglich dazu verwendet, „einige Gedankengänge zum Thema der Beziehung zwischen Religion und Gewalt im allgemeinen darzulegen, mit der Schlußfolgerung einer deutlichen und radikalen Ablehnung der religiösen Motivierung der Gewalt, von welcher Seite auch immer sie ausgeht.“<sup>21</sup>

Die Politik *Benedikts* und damit des Heiligen Stuhls ist nicht mit einem „et ... et“, einem „sowohl ... als auch“ zu verwechseln. Die internationale Politik des Heiligen Stuhles ist – und dies mag überraschen – keine „katholische“ Politik im Sinne einer wie auch immer gestalteten konfessionellen Missionierung, sondern sie ist eindeutig am Wohl aller Völker und Kulturen in gegenseitigem Respekt orientiert. *Benedikt* sieht durchaus Möglichkeiten, die internationale Gemeinschaft aus einem *circulus vitiosus* herauszuführen.

Dies, so legen es die Ausführungen des Papstes und hochrangiger Vertreter des Heiligen Stuhles nahe, müsse einerseits über die UNO geschehen, die als Repräsentation bzw. Versammlung aller Völker der Erde das Forum ist, an dem jeder Staat gleichberechtigt teilnehmen kann. Außerdem ist die UNO nach Auffassung des Heiligen Stuhles auch jene notwendige und weiter zu entwickelnde Organisation, die mit Hilfe verschiedener regionaler (Sub-)Organisationen in die Lage versetzt werden muß, bewaffnete Konflikte durch präventive und nachhaltige entwicklungspolitische Maßnahmen zu verhindern oder im *worst case* mit den Mitteln der Verhältnismäßigkeit und des Völkerrechtes zu beenden. Andererseits gehört für *Benedikt* der Dialog der Kulturen und Religionen in gegenseitigem Respekt als *conditio sine qua non* dazu.

Obwohl *Benedikt XVI.* bei seinem Pontifikatsantritt sich bewußt für den Namen „Benedikt“ in Anlehnung an den „Friedenspapst“ *Benedikt XV.* entschieden hat, so ist es noch zu früh darüber ein Urteil abzugeben, welche Wirkung die Politik des Heiligen Stuhls unter diesem Pontifikat in der internationalen Gemeinschaft zeitigen wird. *Benedikt* steht in der Tradition seiner Vorgänger, setzt aber durchaus eigene Akzente, wie man seit Regensburg weiß. Seine Botschaft zum Weltfriedenstag 2007 und seine Ansprache an das Diplomatische Corps vom 8. Januar 2007 haben dazu beachtliche Hinweise gegeben.



## Anmerkungen

- 1) In diesem Aufsatz werden die Begriffe „Heiliger Stuhl“ und „Vatikan“ synonym gebraucht, weil es den sprachlichen Gewohnheiten entspricht. Natürlich ist klar, daß zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Vatikan aus staatsrechtlicher Sicht zu unterscheiden ist. Siehe dazu und allgemein zum Thema Christoph Goldt: Mission Frieden. Christliche Offensive für eine neue Weltordnung. Augsburg 2004.
- 2) Als eine der wenigen Ausnahmen sei hier auf die kanonistische Dissertation von Christoph Kühn: Die Rechtsbeziehungen des Heiligen Stuhls zum Europarat. Diss. iur. can, Frankfurt a. M. 1999, hingewiesen.
- 3) Vorbehalte gegen die vatikanische internationale Politik mögen aber vielleicht auch daher rühren, daß ein gemeinsames Abstimmungsverhalten des Vatikans mit islamischen Staaten bei den Vereinten Nationen zu der falschen Annahme verleiten kann, diese würden insgesamt eine gemeinsame Politik vertreten. Es ist deutlich darauf hinzuweisen, daß es zwar theologische Berührungspunkte zwischen Christentum und Islam gibt (vergleiche dazu grundlegend: Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra aetate“, Artikel 2: „Die katholische Kirche lehnt nichts von alledem ab, was in diesen Religionen wahr und heilig ist. Mit aufrichtigem Ernst betrachtet sie jene Handlungs- und Lebensweisen, jene Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet.“ Artikel 3: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslim, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie mühen sich, auch seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gerne beruft. ... Da es jedoch im Laufe der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“ Zit. nach: Lexikon für Theologie und Kirche, Sonderausgabe 1986, Bd. 13, S. 491. Lat. Text in Acta Apostolicae Sedis 58 [1966], S. 740 bis 744.), daraus aber auf zentrale gemeinsame politische Übereinstimmungen zu schließen – zum Beispiel im Bereich der Familienpolitik o. ä. –, ist weit verfehlt. Derartige Vorstellungen übersehen, daß insbesondere die Frage der Würde und Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft, das Verhältnis zur Gewaltanwendung, zu Toleranz, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch die Frage der Religionsfreiheit im Islam ungeklärt sind.
- 4) Papst Benedikt XVI.: Der Mensch – Herz des Friedens. Botschaft seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. zur Feier des Weltfriedenstages 1. Januar 2007. Zit. Nach Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz vom 12. Dezember 2006, S. 2 und S. 3.
- 5) Grundlegende Zusammenfassung der Geschichte der internationalen Politik des Vatikans in Goldt: Mission Frieden, Seite 25-123.
- 6) Die Literatur zu diesem Thema ist nahezu unübersichtlich. Es mag hier genügen, auf eine geraffte Darstellung des Verfassers: Mission Frieden, Seite 42-45, zu verweisen.
- 7) Papst Johannes XXIII.: Enzyklika „Pacem in terris“, 137, zit. nach: Goldt: Mission Frieden, S. 124.
- 8) Hier sei der Deutlichkeit halber noch einmal darauf hingewiesen, daß in der katholischen Theologie und damit auch im politischen Agieren des Heiligen Stuhles die Tren-

nung zwischen Staat und Kirche klar und unzweideutig vollzogen ist. Eben dies ist im Islam nicht der Fall, Politik und Religion sind nahezu untrennbar miteinander verquickt. Vgl. zu dieser Frage u. a. Ayubi, Nazih: Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt. Freiburg/Basel/Wien 2002; Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. Bonn 2005; Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden? 2., unveränderte Aufl., Darmstadt 2001; Ders.: Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2002.

9) „Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano beim Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter und Regierungschefs anlässlich der 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York“, in: L'Osservatore Romano, Dokumentation, 30. September 2005, S. 7.

10) Die Regensburger Vorlesung vom 12. September 2006 wurde inzwischen an unterschiedlichen Orten publiziert. Der Verfasser stützt sich hier auf den Text, der im L'Osservatore Romano am 22. September 2006, Nr. 38, S. 8 f. erschienen ist. Eine kommentierte Fassung liegt inzwischen vor von Schwan, Gesine/Khoury, Adel Theodor/Lehmann, Karl: Benedikt XVI., Glaube und Vernunft: die Regensburger Vorlesung, Freiburg i. Br. 2006.

11) Vgl. Anm. 4.

12) Vgl. Anm. 4, S. 4.

13) Vgl. Anm. 4, S. 4 f.

14) Vgl. Anm. 4, S. 5.

15) Vgl. dazu: Die Tagespost, 13. Januar 2007, S. 5: „Bewaffnete Reaktionen führen zu nichts“. Im Wortlaut die Ansprache von Papst Benedikt XVI. an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps am 8. Januar 2007.

16) Ebd.

17) Auf einer anderen Ebene, nämlich bezüglich der europäischen Integration, wies Benedikt XVI. noch als Kardinal in einem Briefwechsel mit dem Präsidenten des italienischen Senats Marcello Pera auf die Gefahr des Relativismus hin. Vgl. dazu: Pera, Marcello/ Ratzinger, Joseph: Ohne Wurzeln. Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur. Augsburg 2005.

18) „So nicht. Muslimische Papstkritik: Unsere Freiheit ist bedroht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Feuilleton, 16. September 2006, S. 35.

19) Vgl. dazu Anm. 3.

20) Vgl. dazu: „Erklärung von Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone“, in L'Osservatore Romano, 22. September 2006, S. 5 sowie die Ansprache Benedikt XVI. beim Angelus-Gebet am 17. September 2006, in: L'Osservatore Romano, 22. September 2006, S. 1.

21) Ebd.

*Dr. Christoph Goldt arbeitet als Pressesprecher des Bischofs von Augsburg und publiziert zu verschiedenen historischen, politikwissenschaftlichen und theologischen Themen.*